

Die Nationale Armutskonferenz

Falsch verteilter Reichtum

Seit 20 Jahren eine Lobby für Arme in Deutschland von Kai Friedrich Schade

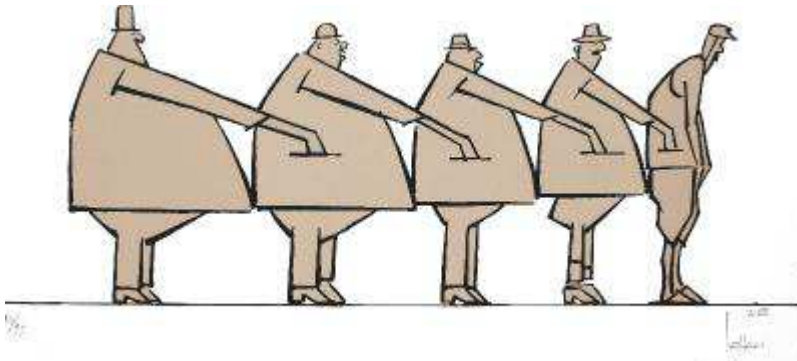


Illustration: Turhan Selçuk (1922 - 2010) , der bekannteste türkische Karikaturist, gilt als "Picasso der Karikatur". Wegen seiner gesellschaftskritischen Zeichnungen wurde er mehrmals verhaftet und gefoltert

"Deutschland verabschiedet sich vom Kampf gegen Armut und Ausgrenzung", erklärte die Nationale Armutskonferenz (nak) auf ihrer Delegiertenkonferenz in Berlin. Die Delegierten hatten bei ihrer Kritik an der Bundesregierung deren Entwurf des "Deutschen Nationalen Reformprogramms" als Beitrag zur Strategie "Europa 2020" im Blick. Das Ziel dieser Absichtserklärung der EU-Mitgliedsstaaten ist es, die Zahl von derzeit 60 Millionen Armen in Europa bis 2020 auf 20 Millionen zu vermindern. Die nak redet Klartext, wenn es um Ungerechtigkeit geht, von Anfang an. Der liegt jetzt 20 Jahre zurück.

"Kurios war es damals", erinnert sich Ulrich Schneider. "In Wildweststimmung fühlte ich mich versetzt, konnte ich doch alles machen, was ich wollte." 1991 baten Brüsseler Kreise den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) um Vorschläge für eine deutsche Beteiligung am Europäischen Netzwerk zur Armutsbekämpfung (EAPN). Die Nichtregierungsinstitution war 1989 angesichts der ungleichen Einkommensverhältnisse in der EU und der zunehmenden Verarmung gegründet worden, auf Initiative der EU-Kommission. Ulrich Schneider sagt: "Man hätte aus Brüssel ja auch beim Arbeitgeberverband oder bei der Deutschen Bank anfragen können! Aber sie kamen zu uns." Er nutzte die Gelegenheit und entwickelte die Idee einer sozialpolitischen Lobby für die Armen in Deutschland - in Gestalt der Nationalen Armutskonferenz, die zugleich als deutsche Sektion des europäischen Netzwerks EAPN fungiert.

Von Anfang an ging es darum, politisch für die Armen in der Bundesrepublik einzutreten, mit wachsamem Blick Richtung "Berlin", ohne die europäische Dimension des Themas aus den Augen zu verlieren. Dem Motto der neuen Organisation "Armut ist falsch verteilter Reichtum" folgten sogleich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der nak-Gründungsmitglied wurde, die Arbeiterwohlfahrt, die Kirchen mit der Caritas und dem Diakonischen Werk. Die Wohlfahrtsverbände sahen ihre Verpflichtung und die Chance zu zusätzlichem Engagement. Auch die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden, das Deutsche Rote Kreuz und weitere Organisationen kamen hinzu. Damit war sie stattlich aufgestellt, die nak, die im Mai dieses Jahres zudem die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen und "Gesundheit Berlin-Brandenburg" als neue Mitglieder aufgenommen hat und zurzeit 16 ordentliche Mitglieder aufweisen kann.

Die unbekannte Erfolgsgeschichte

Trotzdem - wer kennt die nak? Wer gefragt wird, stutzt meist hilflos. Und doch sind die 20 Jahre der nak eine Erfolgsgeschichte. "Sie hat erheblich dazu beigetragen, das Thema Armut zu enttabuisieren", bilanziert Schneider, der heute Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist. Zuvor habe man auch in Deutschland das Phänomen Armut lange verleugnet oder die Armen als Randerscheinung, als etwas Schmutzliches verächtlich beiseitegeschoben: "Wirkliche Armut? Wo denn? Ja, einzelne Wenige, aber vor allem sind da zu viele Schwarzmalerei, die nur meckern", hieß es bei Wohlhabenden bis hinauf in Regierungskreise. Heute ist das anders. Ähnlich positiv wie Schneider sieht das auch der DGB-Vertreter in der nak, Johannes Jakob: "In der nak arbeiten viele gesellschaftliche Kräfte - vertreten sind auch die Betroffenen - an gemeinsamen Positionen und Vorschlägen für politische Lösungen. Das macht die Konferenz zu einer moralischen Instanz. Ihre öffentlichen Stellungnahmen rütteln auf - und rütteln an den Rahmenbedingungen, die Armut hervorbringen."

Die Nationale Armutskonferenz hat der Öffentlichkeit vielfältige Formen zunehmender Armut bewusst gemacht und die Bundesregierung zur regelmäßigen Vorlage eines Armuts- und Reichtumsberichts herausgefordert - unbequeme Mitsprache bei sozialpolitischen Themen wie Grundsicherung, Mindestlöhne und Hartz IV eingeschlossen. Verändert hat die nak dabei vor allem das Klima in der Öffentlichkeit zugunsten der Fragen von Reichtum und Armut, was vielen Menschen unter die Haut ging. Das lag auch an dem ethisch fundierten Engagement des vorigen Sprechers der nak, des Theologen Wolfgang Gern, der diese Funktion vier Jahre lang bis Anfang 2011 ausgefüllt hat. Wenn die nak sich künftig besonders dem "Treffen der Menschen mit Armutserfahrung" als Programmpunkt zuwenden wird, folgt sie einem seiner Anliegen.

Es wird Tacheles geredet

Neuer Sprecher der Konferenz ist Thomas Beyer von der Arbeiterwohlfahrt. Er will sie "stärker in die öffentliche Diskussion bringen". So hieß es zum Weltfrauentag: "Armut ist weiblich." In der Pressemitteilung "Alleinerziehend - arm - allein gelassen" schrieb die nak über die Armut von Kindern in Deutschland, die mit 16 Prozent viel höher liegt als die der Gesamtbevölkerung mit zehn Prozent. Angesichts des "Teufelskreises des Niedriglohns" fordert die nak, sämtliche Gesetzesvorhaben einem Armuts-TÜV zu unterziehen. Mit ihrer Einschätzung "Muttertag ist Makulatur" meldete sie sich in den Medien zu Wort. Und in den pauschalen Jubel über den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland hat sie nicht eingestimmt, sondern Tacheles geredet: "Geringverdiener ausgebootet - der Aufschwung wird auf dem Rücken von Hunderttausenden ausgetragen."

Für die Zeit bis zur nächsten Delegiertenkonferenz im Dezember plant die nak unter anderem eine "Woche der Schuldnerberatung". Ihr Grundsatzpapier über eine gesetzlich geregelte Grundsicherung ist in Vorbereitung. Eine der fünf ständigen nak-Arbeitsgruppen befasst sich bei diesem Forderungskatalog vor allem mit den potenziellen Empfänger/innen der Grundsicherung: Wer gilt als gefährdet, wer ist von Armut betroffen? Was wird für die Kinder getan? Wie sind Menschen in Minijobs zu bedenken?

Durch Armut ausgegrenzt

Die Arbeit der nak - alles nur Papier? Die Wirkung von verantwortungsvoll erarbeiteten Stellungnahmen sollte nicht unterschätzt werden. Aufrufe, Analysen, Vorschläge, Kritik, Forderungen und die unabhängige Mitarbeit in Gremien wie dem Beirat der Bundesregierung zur Erarbeitung des Armuts- und Reichtumsberichts haben neben der Öffentlichkeit einen klaren Adressaten: Politiker und Regierung. Und sie werden hartnäckig zu einer Reaktion veranlasst. Die nak lässt nicht locker. Es geht ihr ebenso um Konzepte zur arbeitsteiligen Armutsbekämpfung wie um überzeugendes Handeln der nak-Mitglieder, ein breites Spektrum einer sich solidarisch verstehenden Bürgergesellschaft.

Im Dezember 2011 wird die Nationale Armutskonferenz in Berlin ihr 20-jähriges Jubiläum begehen. Ihre Arbeit, die sich im besten Falle eines Tages überflüssig machen wird, ist heute wichtiger denn je. "Die Schere zwischen Reichtum und Armut klafft in Deutschland viel weiter auseinander als in anderen EU-Ländern, obwohl die gesamtgesellschaftliche Wertschöpfung noch nie so hoch gewesen ist wie heute", stellt Franz Segbers fest, Sozialwissenschaftler und Sprecher der Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz. Als "unglaublichen Skandal" bewertet er die "Re-

Feudalisierung unserer Gesellschaft, ihren Rückfall um Jahrhunderte zurück in ihrem Feldzug mutwilliger Zerstörung der großen kulturellen Errungenschaft des Sozialstaates".

Bei den Stichworten Armut und Armutsbekämpfung darf es nicht nur um das materielle Minimum zum Überleben gehen. Darauf konzentrierte Aktivitäten dürfen nicht den Blick verstellen für die nicht-materiellen Entbehrungen und die Entrechtung von Menschen. Armut heißt, dass Start-, Entfaltungs- und Teilhabechancen, Lebenschancen insgesamt, ungerecht verteilt sind. Sie bringt Demütigung, Ausgrenzung und Erniedrigung des Menschen mit sich, wird als Aussichtslosigkeit und gesellschaftlich zugefügte Verletzung empfunden. Erhard Eppler, der einstige Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, verwies kürzlich darauf, dass drei Viertel der Deutschen der Ansicht seien, die Politik in ihrem Land sei ungerecht, und kommentierte: "Das hält keine Demokratie lange aus!"

Die Verwerfungen in einigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union infolge ungerechter Verhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft kündigen dramatische Zerreißproben an - innergesellschaftlich wie in Griechenland, aber auch über nationale Räume hinaus. Deshalb warnt der nak-Sprecher unter Hinweis auf die zunehmende Verarmung in Europa vor dem "Export von Armut durch internationale Sparpakete". Millionen Franzosen haben Stéphane Hessels Aufruf "Empört Euch" gegen die Ungerechtigkeit aufgegriffen. Bei der Bekämpfung der Armut geht es um mehr als nachträglich korrigierende Sozialtransfers. Man müsse an den Wurzeln des Übels ansetzen, sagen die nak-Mitglieder. Sie sehen ihre Organisation als einen Anfang - und als weiterhin unerlässlich.

Nationale Armutskonferenz

www.nationale-armutskonferenz.de

Geschäftsstelle:

c/o AWO Bundesverband Blücherstr. 62, 10961 Berlin
Tel. 030 / 26 30 92 06, E-Mail: info@nationale-armutskonferenz.de
Sprecher: Dr. Thomas Beyer (MdL)

Soziale Gerechtigkeit und marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit müssen sich keineswegs gegenseitig ausschließen Blätter für deutsche und internationale Politik | www.blaetter.de

»Soziale Gerechtigkeit und marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit müssen sich keineswegs gegenseitig ausschließen«

Die Bertelsmann-Stiftung veröffentlicht Gerechtigkeitsindex für 31 OECD-Staaten am 27.10.2011

Die Unterschiede in Sachen Armutsvermeidung und Bildungszugang sind innerhalb der OECD immens. Während die nordeuropäischen Staaten am besten für gleiche Verwirklichungschancen sorgen, haben viele kontinentaleuropäische sowie angelsächsisch geprägte Wohlfahrtsstaaten erheblichen Nachholbedarf. Schlusslichter sind die USA, Griechenland, Chile, Mexiko und die Türkei. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung. Unter die Lupe genommen wurden die Politikfelder Armutsvermeidung, Bildungszugang, Arbeitsmarkt, sozialer Zusammenhalt und Nicht-Diskriminierung, Gesundheit sowie Generationengerechtigkeit.

Der internationale Vergleich zeigt: „Soziale Gerechtigkeit und marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit müssen sich keineswegs gegenseitig ausschließen. Dies belegen insbesondere die nordeuropäischen Länder“, so Aart de Geus, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, bei der Vorstellung der Studie. Angeführt wird der Gerechtigkeitsindex von Island, Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland.

Armut und die wachsende Kluft zwischen arm und reich sind ein großes Problem in der OECD. Im Durchschnitt der 31 analysierten Staaten sind 10,8 Prozent der Menschen arm, d.h. sie müssen mit weniger als der Hälfte des nationalen mittleren Haushaltseinkommens leben. Besonders besorgniserregend ist dabei das Phänomen der Kinderarmut. Rund 12,3 Prozent der Kinder leben im Schnitt unterhalb der Armutsgrenze. Daher mangelt es vielerorts bereits an den Grundvoraussetzungen sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe. Allerdings ist das Gefälle innerhalb der OECD immens: Während etwa in Dänemark nur 3,7 Prozent der Kinder von Armut betroffen sind, liegt die Quote in den USA bei erschreckenden 21,6 Prozent (Rang 28). Nur die Türkei, Chile und Mexiko schneiden schlechter ab als die größte Volkswirtschaft der Welt.

Viele der 31 untersuchten OECD-Staaten weisen zudem erhebliche Defizite bei der Frage gerechter Bildungschancen auf. Erneut sind es die nordeuropäischen Staaten Island, Finnland, Schweden und Dänemark, die auch in diesem Punkt besonders erfolgreich sind. Die großen Volkswirtschaften USA (Rang 20), Großbritannien (21) oder auch Deutschland (22) landen dagegen nur im unteren Drittel des Rankings. Inklusive Schulsysteme und verstärkte Investitionen in frühkindliche Bildung sind Schlüsselinstrumente, um künftig für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich zu sorgen.

Soziale Gerechtigkeit hängt zudem maßgeblich von den Zugangschancen zum Arbeitsmarkt ab. Die globale Krise hat hier in fast allen OECD-Ländern dramatische Auswirkungen gehabt und so zu einer Verschärfung der sozialen Frage beigetragen: Besonders katastrophal ist die Situation in Spanien: Die allgemeine Arbeitslosenquote liegt inzwischen bei über 20 Prozent, Langzeitarbeitslosigkeit – eine der Hauptursachen für Armut soziale Exklusion – bei 9 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei erschreckenden 41,6 Prozent. Der soziale Sprengstoff solcher Zahlen ist immens.

Schließlich: Unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit stehen viele OECD-Staaten vor immensen Herausforderungen. Der drastische Anstieg der Staatsschulden in den meisten Ländern stellt eine äußerst schwere Hypothek für künftige Generationen dar. Schlusslichter sind hier Irland, Island, Italien, Griechenland und Japan – letztgenanntes Land mit einem Schuldenstand von inzwischen über 200 Prozent seines BIPs.

Verteilungsbericht Soziale Schieflage in Deutschland ist Armutszeugnis DGB 23.11.2011
PM 206 - 23.11.2011 zum Verteilungsbericht:

Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland ist in den vergangenen 15 Jahren massiv auseinander gegangen, Deutschland rutscht immer mehr in eine soziale Schieflage. Zu diesem Ergebnis kommt der Verteilungsbericht 2011 des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unter dem Titel ‚Aufschwung für alle sichern!‘ „Unser Wirtschaftssystem ist dabei, seine politische und soziale Legitimation zu verspielen, die auch auf einem für alle wachsenden Wohlstand fußt“, warnte **Claus Matecki**, DGB-Vorstandsmitglied, am Mittwoch in Berlin.

Immer stärker konzentrieren sich die Vermögen in den Händen weniger. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung konnten im letzten Jahrzehnt ihren Anteil am gesamten Nettovermögen von 58 auf 61 Prozent erhöhen. Das reichste Prozent der Deutschen besitzt 23 Prozent des Nettovermögens. Ganz anders sieht es am unteren Ende der Vermögenspyramide aus: Mehr als zwei Drittel (70 Prozent) der Erwachsenen besitzen gerade mal neun Prozent des Nettovermögens, jeder vierte (27 Prozent) besitzt gar kein Vermögen oder ist verschuldet.

Bescheidene Zeiten für ArbeitnehmerInnen



Anteil der ArbeitnehmerInnen-Entgelte am Volkseinkommen in Prozent. Entwicklung zwischen 2000 und 2011. Grafik:DGB; Daten: StBA-VGR 2. Vierteljahresergebnisse 2011, Berechnungen DGB

Auch für die Arbeitnehmerinnen und [Arbeitnehmer](#) war das vergangene Jahrzehnt eine Zeit großer Bescheidenheit. Die Zuwächse beim Bruttolohn waren spärlich und wurden durch Preissteigerungen aufgezehrt. Die Folge: Die Beschäftigten haben real heute weniger in der Tasche als zur Jahrtausendwende. **Die Reallöhne sind in Deutschland im Zeitraum von 2000 bis 2009 um 4,5 Prozent gesunken.**

Anders sieht es bei der Profitquote aus, dem Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen. Sie ist von 27,9 Prozent im Jahr 2000 auf nunmehr 33,5 Prozent gestiegen. Dabei spielen die Einkommen aus Vermögenspositionen der Unternehmen eine immer wichtigere Rolle. Rund ein Viertel ihrer Gewinne (24 Prozent) erzielen die Kapitalgesellschaften aus Vermögenseinkommen. Statt in neue Produktionsanlagen oder in Forschung und Entwicklung zu investieren, werden Betriebsüberschüsse immer stärker auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten angelegt. Dazu Claus Matecki: „Mit Finanztransaktionen lässt sich eben mehr und vor allem schneller Geld verdienen. Wie fragil diese Strategie ist, hat sich in der Krise gezeigt.“ Die Behauptung, Deutschland sei ein Hochsteuerland für Unternehmen, bezeichnete Claus Matecki als „Märchen“. **Nur 5,1 Prozent des deutschen Steueraufkommens stamme aus der Unternehmensbesteuerung. Im OECD-Vergleich sei dies der niedrigste Anteil.**

Der Gewerkschafter kritisierte die zunehmende soziale Schieflage als „Armutszeugnis für eines der reichsten Länder der Welt“. Er forderte ein Ende der Umverteilung zulasten der abhängig Beschäftigten. „Kräftige Lohnerhöhungen sind ein Gebot der Stunde. Wir brauchen eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, also einen Zuwachs der Löhne und Gehälter, der mindestens die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität plus Preissteigerungen beinhaltet“,

so Claus Matecki. Außerdem müsse die Spaltung am Arbeitsmarkt überwunden werden. Deshalb braucht Deutschland einen gesetzlichen [Mindestlohn](#) von mindestens 8,50 Euro die Stunde als unterste Haltelinie.

privater reichum und öffentliche armut nds 23 06 2010

NachDenkSeiten – Die kritische Website

Titel: Privater Reichtum – öffentliche Armut

Datum: 23. Juni 2010 um 8:38 Uhr

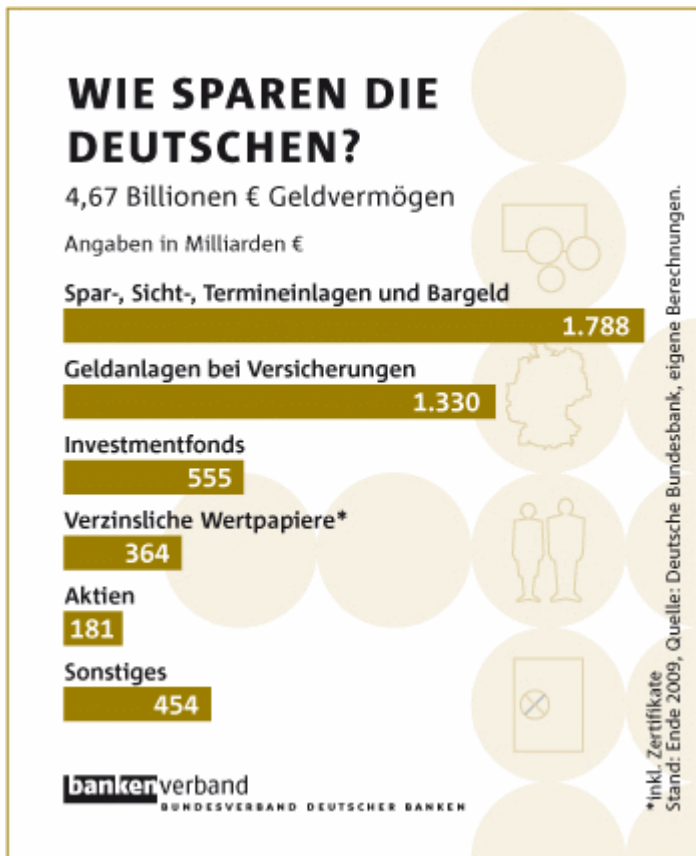
Rubrik: [Das kritische Tagebuch](#)

Verantwortlich: [Wolfgang Lieb](#)

Nach Angaben des Bundesverbandes deutscher Banken ist das Geldvermögen der Deutschen im vergangenen Jahr um 239 Milliarden Euro gestiegen und erreichte [insgesamt 4,67 Billionen Euro](#). Es wäre interessant neben die „Schuldenuhr“ eine „Reichtumsuhr“ zu stellen, die den Zuwachs an Geldvermögen in Deutschland in jeder Sekunde misst. Der Betrachter würde vermutlich staunen, dass die Reichtumsuhr erheblich schneller laufen würde. Die Schulden der öffentlichen Hand haben in den letzten 10 Jahren von 1.199 Milliarden Euro (1999) auf 1.657 Milliarden Euro (2009), also [um 458 Milliarden zugenommen](#). Das Geldvermögen stieg im gleichen Zeitraum [von 3.539 Milliarden Euro auf 4.672 Milliarden Euro](#), also um 1.133 Milliarden Euro. Ein Anstieg des privaten Reichtums um zweieinhalbfache der öffentlichen Schulden. Man könnte auch sagen, das Geldvermögen der Kreditgeber ist fast um 1.133 Milliarden gestiegen, während die Schuldenlast der Steuerzahler um 458 Milliarden gewachsen ist. Darin zeigt sich die ganze Perfidie, dass die Bundesregierung mit ihrem „Sparpaket“ das Geld nun gerade von denen holen will, die in den letzten Jahren ihr einziges „Vermögen“, nämlich ihre Arbeit verloren haben. Wolfgang Lieb

Zunächst die vollständige Meldung des Bankenverbandes:

Das Geldvermögen der Deutschen ist im vergangenen Jahr um 239 Mrd € gestiegen und erreichte insgesamt 4,67 Billionen €. 2008 war das Geldvermögen noch in Folge der Finanzkrise gesunken. Vor allem das Aktienvermögen war extrem kräftig zurückgegangen und betrug Ende 2008 nur noch 169 Mrd €. 2009 sind die Aktienbestände (+ 12 Mrd €) und vor allem die Investmentfondsanteile (+ 51 Mrd €) der privaten Haushalte wieder etwas gestiegen. Beim Sparen und Vorsorgen setzen die Deutschen nach wie vor auf Sicherheit. Knapp 1,8 Billionen € – und damit mehr als ein Drittel ihres Geldes – haben die Deutschen in Spar-, Sicht- und Terminanlagen angelegt oder als Bargeld zur Verfügung. Die Geldanlagen bei Versicherungen (inkl. Pensionskassen, Pensionsfonds und berufsständische Versorgungswerke) betragen gut 1,3 Billionen €. 364 Mrd € sind in verzinslichen Wertpapieren angelegt.



Quelle: [Bankenverband](#)

Über die Verteilung des gesparten Geldvermögens und wo der Anstieg von 239 Milliarden im vergangenen Jahr gelandet ist, sagt diese Statistik natürlich nichts aus. Unbestreitbar ist, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen kaum Ersparnisse oder sogar eine negative Sparquote haben. Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine [Kleine Anfrage der FDP aus dem Jahre 2008 \[PDF - 194 KB\]](#) kann man Folgendes entnehmen:

Die aktuellen Daten (erhoben im Jahr 2003) zeigen, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen eine negative Sparquote haben. Mit steigendem Einkommen steigt die Sparquote kontinuierlich an. Während die Sparquote bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro -11,8 Prozent beträgt, liegt sie bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 900 bis 1 300 Euro bei -0,5 Prozent. Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1 300 bis 1 500 Euro, 1 500 bis 2 000 Euro, 2 000 bis 2 600 Euro haben Sparquoten von jeweils zwischen 0,5 Prozent und 4,4 Prozent. Bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 2 600 bis 3 600 Euro, 3 600 bis 5 000 Euro, 5 000 bis 18 000 Euro betragen die Sparquoten jeweils zwischen 9,0 Prozent und 21,8 Prozent.

Das durchschnittliche verfügbare Einkommen von Arbeitnehmern lag 2009 bei knapp [1.500 Euro pro Monat \[PDF - 61 KB\]](#). Man kann also davon ausgehen, dass der Anteil der durchschnittlichen Einkommensbezieher an dem angesparten Geldvermögen äußerst gering ist, selbst wenn man Geldanlagen bei der betrieblichen Altersversorgung mit einbezieht.

Ähnlich sieht auch die Verteilung beim Gesamtvermögen aus: 2007 besaß das reichste eine Prozent der Bundesbürger 23% des gesamten Vermögens in Deutschland. Die obersten 5% verfügten gar über 46% und das reichste Zehntel kontrollierte 61,1%. Für die Mehrheit bleibt nicht mehr viel übrig. Die unteren 70% kommen nicht einmal auf 9% vom Gesamtvermögen. (Zitiert nach Ulrike Herrmann, Hurra wir dürfen zahlen)

Soviel lässt sich aus den Geld- und Vermögensverteilungsstatistiken entnehmen: Nicht die Vermögenden sind verarmt, sonder der Staat ist verarmt worden.

In der öffentlichen Debatte oft übersehen wird ein wichtiger Zusammenhang zwischen der steigenden öffentlichen Verschuldung und dem steigenden privaten Geldvermögen ausgeblendet. Die Steuersenkungen zugunsten der Vermögenden in den vergangenen zwei Jahrzehnten zeigen ihre Wirkung. Der Staat verzichtet einerseits auf die Einnahme von Steuern aus sprudelnden Quellen und ist andererseits gezwungen, seine Unterfinanzierung über die Verschuldung wieder auszugleichen. Gleichzeitig profitieren die Vermögenden in zweifacher Hinsicht: Zum einen zahlen Spitzenverdiener und Vermögende aufgrund der mehrfachen Senkung des Spitzensteuersatzes oder der Nichterhebung der Vermögensteuer weniger Steuern. Zum zweiten sind sie die Gläubiger der öffentlichen Verschuldung und erhalten vom Staat dafür gute Zinsen.

Müssten nicht gerade diejenigen, die so oft auf die Schuldenuhr zeigen und das Schreckbild der Staatsverschuldung zur Begründung für ihre Sparpolitik an die Wand malen, die Gruppen der Gesellschaft, die enorm hohe Ersparnisse haben, so besteuern, dass sie einen größeren Teil der Schuldenlasten tragen? Statt dessen wurde genau für diese Gruppe in den vergangenen 10 Jahren die Steuern massiv gesenkt. Mit dem „Sparpaket“ holt nun der Staat das Geld, auf das er durch die Steuersenkungen verzichtet hat, gerade bei den kleinen Leuten, die nun wirklich den geringsten Vermögenszuwachs hatten und die sogar ihr einziges „Vermögen“, nämlich ihre Arbeit verloren haben, über die Kürzung des Sozialhaushalts wieder zurück.

Deutschland hat im europäischen Vergleich eine der [niedrigsten Steuerquoten](#). Die reale Steuerbelastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist mit 21% die niedrigste im EU-Vergleich; in keinem anderen der 15 EU-Staaten außer Deutschland ist zwischen 1995-2002 die reale Kapitalsteuerbelastung gesunken; die reale Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften betrug 2003 nur rund 11%, für 2004 und 2005 lag die reale Ertragssteuer der Firmen bei 15%; die reale Besteuerung von Vermögensbeständen in Deutschland ist in der EU mit Abstand am niedrigsten. Der Spitzensteuersatz wurde von 53 auf 42 % bzw. 45% gesenkt. Die „großen Koalition“ hat darüber hinaus die Steuern aus [Zins- und Kapitalerträgen weiter abgesenkt](#).

Die Statistik über den Anstieg des Geldvermögens müsste Anlass sein, auch und gerade die Wohlhabenden in diesem Land zum Abbau der Schulden heranzuziehen. Dazu gäbe es zahlreiche Hebel:

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die in der Zeit der Regierung Kohl abgeschafft worden ist.
- Wiedereinführung der Gewerbesteuer, die ebenfalls in der Regierungszeit von Helmut Kohl abgeschafft wurde.
- Erhöhung der Körperschaftssteuer
- Streichung der Steuerfreiheit für Gewinne beim Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen.
- Aufhebung der Steuerfreiheit im Bereich der Finanzdienstleistungen.
- Wirksame Erbschaftsbesteuerung statt der weiteren Lockerung.
- Wiedereinführung der Börsensatzsteuer
- Angleichung der Steuersätze für Zins- und Vermögenseinkünfte an die Steuersätze der Einkommensteuer.

Im Übrigen:

Gerade heute wurde über die Nachrichten verbreitet, dass der Bund 20 Milliarden weniger Schulden machen muss als im Bundeshaushalt für 2010 veranschlagt wurde.

Als Grund für die günstigere Entwicklung im Bundeshaushalt wird vor allem die konjunkturelle Erholung genannt. Dadurch seien die Steuereinnahmen gestiegen und gleichzeitig müssten geringere Zuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit geleistet werden.

Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass die effektivste Sparpolitik eine aktive Wirtschaftspolitik ist.

Bei einem mageren Wachstum von 1,7 % konnte der Haushalt schon fast doppelt so hoch entlastet werden, wie durch das gesamte „Sparpaket“ eingespart werden sollen.

Statt die gesamte politische Energie und die öffentliche Debatte darauf zu beschränken, wie Geld bei den Ärmsten der Armen eingespart werden kann, wäre viel mehr gewonnen, wenn sich die Bundesregierung endlich um eine aktive Konjunktur- und Beschäftigungspolitik kümmern würde. Aber das Gegenteil geschieht. Siehe den gestrigen Beitrag [„Aufgeblähtes Wachstum“](#).

Hauptadresse: <http://www.nachdenkseiten.de/>

Artikel-Adresse: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=5967>

Reichtumsuhr

Privates Geldvermögen in Deutschland

4.979.697.314.640 €

Zuwachs pro Sekunde:
6440 Euro

Schuldenuhr

Öffentliche Verschuldung in Deutschland

1.798.637.884.396 €

Zuwachs pro Sekunde:
2166 Euro

Ausdruck am 04.01.2012

Datengrundlage

Grundlage der Berechnungen sind Daten der Deutschen Bundesbank. Für die Berechnung des Anstiegs pro Sekunde wird ein Zeitraum von einem Jahr berücksichtigt, derzeit von 1.Q 2010 bis 1.Q 2011. Als Startzahl für die Gesamtsumme werden die Daten des letzten verfügbaren Monats verwendet. Sobald aktuellere Daten zur Verfügung stehen, werden diese eingearbeitet.

Für die Reichtumsuhr ist das private Geldvermögen berücksichtigt (Spar-, Sicht-, Termineinlagen und Bargeld, Geldeinlagen bei Versicherungen, Investmentfonds, Verzinsliche Wertpapiere, Aktien, sonstige Geldvermögen).

Daten für privates Geldvermögen: [Deutsche Bundesbank](#)

Daten für Staatsverschuldung: [Deutsche Bundesbank](#)

Copyright © 2011 ReichtumsUhr.de. All Rights Reserved.

[ReichtumsUhr.de](#)

Das Infoportal zum Thema privater Reichtum, Armut und Staatsverschuldung

Sie sind hier: [Startseite](#) / Artikel: Armut und Reichtum in Deutschland und Nordrhein-Westfalen

Die gesamte Steuerlastverteilung in Deutschland – in % –

Quelle: „No Representation without Taxation“, C. Schäfer in: WSI-Verteilungsbericht 2011; WSI Mitteilungen 12/2011

Anteil der „**Massensteuern**“¹ am gesamten Steueraufkommen:

Zusammen 37,5 47,7 62,0 74,1 73,1 71,4

	1960	1970	1980	2000	2005	2010
Anteil der Massensteuern am gesamten Steueraufkommen	37,5	47,7	62,0	74,1	73,1	71,4
Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen	34,7	25,5	24,9	18,3	17,2	19,6
Anteil der sonstigen Steuern am gesamten Steueraufkommen	27,8	27,1	13,1	7,6	9,7	9,0

Anteil der **Gewinnsteuern**² am gesamten Steueraufkommen:

Zusammen 34,7 25,5 24,9 18,3 17,2 19,6

Anteil der **sonstigen Steuern**³ am gesamten Steueraufkommen

Zusammen 27,8 27,1 13,1 7,6 9,7 9,0

¹ Lohnsteuer, Umsatz- und Verbrauchsteuern, Mineralöl- bzw. Energiesteuer

² Veranlagte Einkommensteuer, Nicht veranlagte Steuer v. Ertrag, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuern, Zinsabschlag/Abgeltungssteuer

³ Darunter z. B. 2010 Erbschaftssteuer, Versicherungssteuer, Kfz-Steuer

Es muss betont werden, dass die Fokussierung auf die Lasten von Lohn- und Einkommensteuer ohnehin problematisch ist, weil diese Steuerart nur ca. ein Drittel aller Steuereinnahmen des Staates ausmacht. Nimmt man aber alle Steuerarten und -einnahmen in den Blick, wird die ganze **Misere der ungleichen Lastenverteilung** deutlich (Tabelle 6): Nicht nur bei der Entstehung von Einkommen fallen Steuern an, sondern auch und gerade bei der **Einkommensverwendung**. Und deswegen **finanzieren aktive und ehemalige Arbeitnehmer mit ihren Familien schon lange** über die sogenannten Massensteuern **weit überwiegend den Sozialstaat, weil** zumindest **Verbrauch- und Umsatzsteuern in die Konsumentenpreise eingehen**. Dagegen hat das Gewicht der sogenannten Gewinnsteuern, über deren Überwälzung man auch noch streiten könnte, im Zeitverlauf an Bedeutung für die Finanzen des Sozialstaats deutlich verloren. Das gilt auch, wenn man die zuletzt in Deutschland noch wenigen Vermögensteuern im weiteren Sinn hinzu-rechnen wollte: Erbschaftsteuer, Grund- und Grunderwerbsteuer machten 2010 nur 4,0 % am gesamten Steueraufkommen aus. Und vor allem Letztere werden über Mieten und selbst genutzte Immobilien auch wieder überwiegend von abhängig Beschäftigten aufgebracht.

¹ Lohnsteuer, Umsatz- und Verbrauchsteuern, Mineralöl- bzw. Energiesteuer

² Veranlagte Einkommensteuer, Nicht veranlagte Steuer v. Ertrag, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuern, Zinsabschlag/Abgeltungssteuer

³ Darunter z. B. 2010 Erbschaftssteuer, Versicherungssteuer, Kfz-Steuer

